

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

101 (3.5.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M., ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich. Einzelheft 20 J. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 7/8—1/2 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 60 J., auswärts 70 J. Die 2spaltige 2.50 M. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor

An die Parteimitglieder und Parteifreunde!

Der am 6. Juni stattfindende Wahl des ersten Reichstags der deutschen Republik wird ein Wahlkampf vorausgehen, wie er an Schärfe und Umfang kaum dagewesen ist. Die reaktionären Parteien werden mit riesigen Kraftaufwendungen versuchen, eine rechtsgerichtete Mehrheit im Parlament zu erreichen, um damit der Gesetzgebung wieder einen rein kapitalistisch-vollstehenden Kurs zu geben. An finanziellen Mitteln, die hierfür erforderlich sind, wird es diesen Parteien nicht fehlen, da die Reichsregierung die Wahlkosten der Parteien und Parteifreunde bis zu einem bestimmten Grade zu übernehmen hat. Auch unsere Parteifreunde wissen, was es in diesem Wahlkampf zu verteidigen und zu erobern gilt. Auch sie wissen, welche Summen eine Wahl von solchem Umfange in heutiger Zeit erfordert. Jeder wird bereit sein, nach Kräften zur Aufbringung dieser Mittel beizutragen.

Stärkt den Wahlfonds der Partei!
Fördert den Sieg des sozialistischen Gedankens!
Sorgt, daß die nahe Zukunft dem Sozialismus gehört!

Der Parteivorstand.

Lloyd George und Aquino über die Konferenz in San Remo.

Amsterdam, 1. Mai. Laut „Zeitung“ hat Lloyd George im Unterhause in seiner mit Spannung erwarteten Erklärung über die Verhandlungen in San Remo betont, daß die Konferenz jeden Verzicht beabsichtigt habe, daß der Vertrag von Versailles nicht zur Anwendung gebracht werden könnte. Bezüglich der Entschuldigungsfrage sagte Lloyd George: Wir wissen sehr gut, daß Deutschland bei seinem jetzigen Zustande nicht zahlen kann, aber wir wünschen zu sehen, daß es seine Verpflichtungen anerkennt und darüber nachdenkt, wie es sie erfüllen kann.

Ueber Russland sagte Lloyd George, der Oberste Rat habe den Beschluß auf Antragsprüfung von Handelsbeziehungen und Gewährung aller möglichen Erleichterungen bestätigt. Die russische Handelsdelegation werde in England zugelassen werden mit Ausnahme von Witwinnen, der feinerzeit keine Vorrechte als zivillicher Vertreter der Regierung mitbringt. Lloyd George fuhr fort: Die Konferenz hat vollste Harmonie in allen Fragen gezeigt, und sie wird durch eine vollständige Einigkeit und Kameradschaftlichkeit gekennzeichnet, die bei der siegreichen Beendigung des Krieges zwischen den Alliierten bestanden hat.

Zur Lage in Deutschland erklärte Lloyd George, nach Berichten englischer Offiziere in Deutschland herrsche in Deutschland Hungernot. Die Wiedergutmachung sei nur möglich, wenn Deutschland nicht verhungere. Es habe eine Bevölkerung von 70 Millionen intelligenter und geschickter Menschen und es werde sich erholen. Ich möchte recht klar zum Ausdruck bringen, daß die deutschen Delegierten mit bestimmten Vorschlägen nach Spaa kommen müssen. Wenn sie kommen als Leute, die auf der Grundlage des Friedensvertrags Gespräche verhandeln wollen, so dürfen sie sicher sein, daß alle ihre Vorschläge eine ernliche und gerechte Erwägung finden.

Aquino führte aus: Es sei notwendig, daß in allen Ländern mit der Entwertung begonnen werde. Die Zeit komme heran, wo der Oberste Rat sich auflösen müsse und die Weiterarbeit am Wiederaufbau der Welt dem Völkerbunde überlassen werden müsse. Bottomley verteidigte die Haltung Frankreichs und sagte, man habe genug von Wilson. Lord Robert Cecil gab seiner Befriedigung über die Erklärung Lloyd Georges Ausdruck. Dieser ergriß noch einmal das Wort und stellte fest, daß die drei Großmächte von Westeuropa der Weiler sind, auf dem das ganze europäische Gebäude ruht. Bis jetzt reiche der Völkerbund noch nicht aus.

Der Invasionslohn Italiens.

Amsterdam, 30. April. Der gestern veröffentlichte Londoner Vertrag vom 26. April 1915 zwischen England, Frankreich, Rußland und Italien fest in seinem ersten Artikel die militärischen und maritimen Kriegszusagen fest. Als Gegenleistung für seinen Eintritt in den Krieg werde Italien für den Friedensschluß das Trentino, Südtirol, Triest, ganz Istrien bis zum Quarnero, die Provinz Dalmatien, die volle Souveränität über Balona und die Insel Sossano mit umliegenden Gebieten zugesprochen und die im Frieden von Lausanne der Türkei vorbehaltenen Rechte und Vorrechte in Syrien und eventuell eine Kriegsentwidlung im Verhältnis der von ihm gebrachten Opfer verprochen.

Deutschland und Frankreich.

Berlin, 1. Mai. Die Reichsregierung regte in Paris anlässlich der demnächstigen Besprechungen über Ein- und Ausfuhrverträge an, nach einer allgemeinen Aussprache über die deutsch-französischen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern großen Wert lege. Der Zeitpunkt der Besprechungen wird ebenfalls festgelegt, ebenso die Sachverhältnisse bald bestimmt werden, die Deutschland zu vertreten haben werden. Damit ist ein alter Vorstoß der deutschen Regierung in die Tat umgesetzt und das Prinzip der freien Aussprache, wie es jetzt auch für die Zusammenkunft in Spaa gestiftet hat, für die schwierigen deutsch-französischen Wirtschaftsprobleme verwirklicht.

In der Sitzung des Senats gab Ministerpräsident Millerand über die Verhandlungen von San Remo dieselbe Erklärung ab, die er in der Kammer abgegeben hatte. Er fügte hinzu: „Zeit der Sitzung der Kammer hat sich etwas Neues ereignet: Am 29. April hat mich der Vorsitzende der deutschen Delegation bei der Friedenskonferenz, Ministerial-

direktor Gypert, aufgefordert, um mir zu erklären, daß die deutsche Regierung der französischen Regierung einen Meinungs- austausch zwischen einigen deutschen und französischen Delegierten, die Sachverständigen des wirtschaftlichen Lebens sein sollten, vorschläge, bei dem alle Fragen besprochen werden sollen, die den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern betreffen. Ich habe den Vorschlag der deutschen Regierung angenommen und erklärt, daß der Handelsminister in kürzester Frist die französischen Delegierten für die vorgeschlagene Konferenz ernennen werde. Ich habe hinzugefügt, daß es nicht von uns abhängen werde, ob diese Konferenz tatsächlich zu guten Ergebnissen führen werde.

Das „Journal Officiel“ veröffentlicht die Antwort, die dem Abgeordneten Marin auf seine Anfrage bezüglich der deutschen Kohlenlieferungen durch den Ministerpräsidenten erteilt wurde. Millerand gab danach folgende Aufstellung über die Kohlenlieferungen Deutschlands an Frankreich: Bis 31. Januar waren geliefert: 162 236 Tonnen Braunkohle und 132 692 Tonnen Steinkohle. Im Februar 380 674 Tonnen Braunkohle und 214 432 Tonnen Kohlen. Vom 1. bis 10. März 95 301 Tonnen Braunkohle und 39 772 Tonnen Steinkohle. Vom 1. bis 20. März: 780 036 Tonnen Braunkohle und 90 065 Tonnen Steinkohle. Vom 20. bis 31. März: 151 729 Tonnen Braunkohle und 90 065 Tonnen Steinkohle sowie vom 1. bis 10. April: 114 658 Tonnen Braunkohle und 41 425 Tonnen Steinkohle.

Frankreichs Bemühungen auf eine Verstärkung Süddeutschlands vom Reich.

Stuttgart, 1. Mai. Der Landtag beriet gestern eine Anfrage des Abg. Bagile (Völkerverein), der die Bitte aussprach, um Auskunft über die Berichte, daß Frankreich mit den süddeutschen Regierungen sich in Beziehung gesetzt habe zu dem Zwecke, den Süden vom Norden zu trennen.

Staatspräsident Wolf erklärte im Laufe der Beratung, es sei richtig, daß die Bemühungen betr. die Trennung der deutschen Einheit noch nicht aufgegeben worden seien. Die kürzlich in Stuttgart veranlasseten süddeutschen Regierungen samt Sachverständigen hätten eine entsprechende Erklärung gegen jede Trennung vom Reich abgegeben. In den Gerüchten, daß Frankreich sich mit den süddeutschen Regierungen in Beziehung gesetzt habe, sei kein wahres Wort. Es sei leichtfertig und gemeingefährlich, wenn solche Dinge immer wieder verbreitet würden.

Der Präsident teilte ferner die Aussprache dahin zusammen, jedes Gerücht nach Trennung des deutschen Südens vom Norden werde auf den entschiedenen Widerstand stoßen. Das württembergische Volk stehe fest und treu auf dem Boden der Reichseinheit. Die deutschen Stämme seien auf das engste verbunden und keiner Macht der Welt, auch nicht den Franzosen, werde es gelingen, sie auseinanderzureißen. (Beifall)

Die Reichswahlordnung.

Berlin, 1. Mai. In der Sitzung des Reichsrats wurde dem Entwurf einer Reichswahlordnung zugestimmt. Die Ausschüsse des Reichsrats haben an der Regierungsvorlage einige Abänderungen vorgenommen. Die Bestimmungen über den Wahlkreis sind dahin erweitert worden, daß Personen, die durch ein körperliches Leiden behindert sind, die Möglichkeit erhalten, zu wählen, und daß somit auch in Kranzenthäusern Wahlen ermöglicht werden. Die Länder sollen lediglich berufen sein, die Stimmzettel amtlich herzustellen und nach Berechnen mit den Parteien zu verteilen. Die Vereinerung der Parteien für die Verteilung der Stimmzettel hat zum Selbstkostenpreis zu erfolgen. Geht es um eine Bestimmung, die den Parteien die Verteilung der Stimmzettel erleichtern sollte, dann ist sie in Anschlägen bei den Behörden einzuliefern, die Sendung als befriedlich frankiert gilt und das Einkommen erhöht wird. Der Reichsrat sprach diese Bestimmung, weil sie für die Behörden eine Belastung wegen der Abrechnung ergeben würde.

Spiritus und Wahlfond.

Die Frankfurter „Ztg.“ ist im Besitz eines Rundschreibens, das Herr Dr. Neumann, Syndikus des Verbandes deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten G. V. in Berlin, an die angeheiligten Vereine gerichtet hat. In diesem Rundschreiben heißt es einleitend:

„In der Überzeugung, daß es für die wirtschaftlichen Interessen unseres Gewerbes von großem Nutzen wäre, wenn ich in den Reichstag gewählt würde, hat der Geschäftsführende Ausschuss schon vor Monaten beschlossen, falls ich eine wirklich aussichtsreiche Kandidatur erhalte, M. 50 000 aus dem Kampffonds zur Verfügung zu stellen.“

Herr Dr. Neumann teilt weiter mit, er habe „gute Aussichten für die Deutsche Volkspartei in einem brandenburgischen Wahlkreis an erster Stelle zu kandidieren“. Die Parteistellung sei für den Verband von untergeordneter Bedeutung, für ihn komme es lediglich darauf an, daß ein Wirtschaftspolitiker seiner Stellung in den Reichstag einzieht. Und nach einer kurzen Veranschaulichung über die Haltung, welche die Partei des Herrn Dr. Neumann zum Kampffonds eingenommen hat, heißt es weiter:

Die Frage der Kandidatur ist mit in erster Linie eine Geldfrage. Wenn ich meinerseits M. 150 000 aufrufen kann, ist mir die Kandidatur an erster Stelle so gut wie sicher. Schon haben mehrere unserer Vereine sich bereit erklärt, auch ihrerseits erhebliche Beiträge zur Verfügung zu stellen. Ich richte heute auch an alle andern die Bitte...

Der Geschäftsführende Ausschuss des Verbandes deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten stiftet 50 000 Mark aus dem Kampffonds für eine „wirklich aussichtsreiche Kandidatur“ seines Syndikus — Partei Nebenangehöriger —; die Deutsche Volkspartei ist bereit, diesen Wunsch zu erfüllen und den Herrn Syndikus in einem brandenburgischen Wahlkreis die Liste führen zu lassen, aber die Frage der Kandidatur ist mit in erster Linie eine Geldfrage — Kostenpunkt 150 000 Mark! Das ist erdärmlicher, aber echt bürgerlicher Mandatswähler.

Die Maiseiern im Reich.

Berlin, 2. Mai. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind die Maiseiern im Reich durchaus ruhig verlaufen.

Der 1. Mai im Ausland.

Paris, 1. Mai. Am 1. Mai erschienen in Paris keine Zeitungen. — Die Polizeipräfektur von Paris teilt mit, daß bei den gestrigen Kundgebungen 102 Polizeibeamten verwundet und 103 Personen verhaftet worden sind. Nach dem „Bon Soir“ sollen gestern vier Personen getötet worden sein. Gegen die Abgeordneten Lane und Baillant-Louture wird eine Strafverfolgung wegen Widerstand gegen die bewaffnete Macht eingeleitet werden.

London, 2. Mai. Neuter. Aus Anlaß des 1. Mai waren Tausende von Fabriken und Werkstätten geschlossen. Die Arbeitstätigkeit ruhte. Die öffentlichen Dienste blieben ungestört. In London und in den Hauptorten der Provinz wurden Kundgebungen veranstaltet. Auf einer Kundgebungsversammlung in Hyde Park von London wurden Ansprachen in englischer, jiddischer, russischer, polnischer und französischer Sprache gehalten. In einem Beschlusstrakt wurden soziale Reformen und der Frieden mit Rußland verlangt.

Bras, 30. April. Der Staatsrat beschloß, daß der 1. Mai als allgemeiner Staatsfeiertag gefeiert werden würde.

Die Sozialdemokratie und die Frauen.

Wählerinnen! In wenigen Wochen werdet Ihr wieder an die Wahlurne treten, um als politisch mündige Menschen neben den Männern Euer vollgültiges Staatsbürgerrecht auszuüben. Es gilt diesmal die Wahl des ersten Reichstags der jungen Republik!

Die Sozialdemokratie übernahm am 9. November 1918 das Steuer des führerlosen Staatschiffes. Ihre erste Tat war die Erfüllung ihres lange vertretenen Programmpunktes nach voller politischer Demokratie. Damit war den deutschen Frauen aller Schichten ihr Staatsbürgerrecht gegeben. Die Sozialdemokratie hat gehalten, was sie versprochen: Die Verfassung des neuen republikanischen Deutschlands sichert den Frauen in Reich, Staat und Gemeinde das aktive und passive Wahlrecht. Sie können wählen und gewählt werden.

Der Volksstaat brachte das Ende der politischen Bevormundung; frei und gleich steht heute die Frau neben dem Manne!

Wohl tragen die Frauen noch besonders schwer an den Folgen des blutigen Krieges. Noch sind die seelischen Wunden nicht vernarbt, die dem Einzelnen geschlagen wurden. Noch immer ist es die bittere Sorge um das Dasein, der Kampf um das tägliche Brot und um die dringendsten Bedürfnisse für die Familie, die das Denken und Fühlen stark in Anspruch nehmen, der die Frauen bitter und ungerecht werden läßt. Die Sozialdemokratie will vollenden, was sie begonnen hat. Eine klare zielbewusste Wirtschaftspolitik muß uns herausführen aus dem Elend des Hungers und der Entbehrungen.

Neben der politischen muß die wirtschaftliche Gleichberechtigung für Mann und Frau errungen werden. Die Verfassung gibt hierfür die Grundlage. Im Vertriebsratgesetz und in der Beamtenbesoldungsreform hat sich dieser Grundsatz Bahn gebrochen. Es ist das Ziel der demokratischen Partei, im kommenden Reichstage weiter zu wirken für die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung beider Geschlechter.

In der sozialpolitischen Gesetzgebung ist die Sozialdemokratie von jeher für einen ausgedehnten Schutz für die erwerbsfähigen Frauen und Mütter eingetreten. So soll es auch in Zukunft werden. Im Gesetz über die Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge ist der Anfang gemacht mit der Erfüllung unserer alten Forderung nach einem ausreichenden Schutz für Mutter und Kind. In der Verfassung ist den kinderreichen Familien der besondere Schutz des Staates zugesagt. Die unehelichen Kinder sollen die gleichen Vorbedingungen für ihre körperliche, seelische und geistige Entwicklung erhalten, wie die ehelichen. Die in der Verfassung festgelegten Grundzüge zu verwirklichen ist Aufgabe des kommenden Reichstages. Die Sorge für die Jugend des deutschen Volkes muß vornehmste Pflicht des deutschen Staates sein. Ueber die bisher geübte Sozialpolitik hinaus muß in der Gesetzgebung für das körperliche und seelische Wohl der Jugend gesorgt werden. Die Reichsschulgesetzgebung bedarf dringend des weiteren Ausbaues, um allen Kindern nach Anlage und Begabung ihre Vorbildung zu geben, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Kräfte der Erzeuger.

In religiösen und kulturellen Fragen muß Toleranz und vornehmer Geist in Schule, Haus und im gesellschaftlichen Leben herrschen.

Wählerinnen! Sagt nicht: Was sollen wir Frauen dabei tun. Der weibliche Einfluß in der Politik muß stärker werden, damit er das politische Leben der Zukunft gestalten hilft. Sorgen wir dafür, daß dies im Interesse der breiten Masse des arbeitenden Volkes und der Kinder geschieht, vor allem aber im Sinne des Völkervieles!

So hat die Sozialdemokratie stets gewirkt. Auf dieser Bahn geht sie weiter.

In die Hand der deutschen Frauen ist es gegeben, dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen durch ihre Stimmabgabe für die Sozialdemokratische Partei.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Politische Uebersicht.

Der Schattenminister.

Die Wackelpackung des Reichswehrministeriums. Das „Berliner Tageblatt“ erhält folgende Zuschrift: Nach Herrn v. Giffas Ausscheiden hat man den persönlichen Stab des Reichswehrministers laffert. Daß der Reichswehrminister einen persönlichen Stab haben muß, ist eine indistincte Selbstverständlichkeit. Eine „keine Adjutantur“ genügt unter keinen Umständen. Denjenigen, die die Staffierung des persönlichen Stabes des Reichswehrministers empfohlen haben, mißtraue man! Sie wollen den Schattenminister!

Mögen sich gewisse Herren des Reichswehrministeriums geistig lösen, daß hinter dem demokratischen Reichswehrminister Offiziere stehen, die es nie zulassen werden, daß man ihn so läßt, wie man es mit Noke getan hat. Es ist zu hoffen, daß der Reichswehrminister in kurzer Zeit einen persönlichen Stab um sich versammelt, der seinen Aufgaben gewachsen ist.

So wie jetzt geht es nicht weiter! Ein Beispiel. Die Wackelpackung im Reichswehrministerium Leipziger Straße und ebenso der Wackelkur für den 63-60 besteht fast ausschließlich aus ehemaligen Postkutschknechten, die auf Böden die Kantenbräse tragen; ich meine jenen E.-H.-I.-Erich, der ihnen im Baltikum (von wem?) verleben worden ist. Abgesehen von der darin liegenden Provokation muß man es als eine ernste Gefahr bezeichnen, daß so wichtige Stellen von Leuten besetzt werden, die durch Major Widojz und seine Freunde in die Reichswehr hineingeknackelt und möglicherweise auch heute noch ihren ehemaligen hochverräterischen Vorgesetzten auf irgendwelche Art zu Diensten sind!

Für unser kleines Herz haben wir Auswahl genug; wir brauchen die Baltikamer nicht, geschweige denn als Wackelpackung vor dem Kriegsministerium!

Die Lage im Ruhrgebiet.

Ueber die Lage im Ruhrgebiet erfahren die „F. F. N.“ von zuständiger Stelle:

Die in das südliche rheinisch-westfälische Industriegebiet entsandte Kommission von Parlamentariern hat in Düsseldorf, Elberfeld, Barmen und Remscheid eingehende Vorarbeiten angestellt, zu denen die Regierungsbereiter, die Oberbürgermeister der genannten Städte, die Führer der Mehrheitsparteien, die Gewerkschaften sowie die Ordnungsausschüsse, die gemäß des Bielefelder Abkommens gewählt sind, zugezogen wurden. Infolge dieser Zusammenkunft sind auch die Führer der U.S.P.D. und K.P.D. gehört worden. Nach dem erstatteten Bericht arbeiten die politischen Behörden zwar formell unbehelligt, doch ergibt sich aus der gesamten Lage immerhin, daß ein gewisser Druck, der am stärksten in Remscheid ist, ausgeübt wird. Hier bilden die Unabhängigen und Kommunisten in der Stadtverordnetenversammlung eine starke Minderheit und hier hat sich noch in den letzten Tagen ein zum Ortsausschuß gehöriger Kommunist in Remscheid zu schaden kommen lassen. Auch wird in Remscheid noch hart mit terroristischen Mitteln gearbeitet. So werden die Arbeiter in den Betrieben gezwungen, einen vollen Tagesverdienst zum „Roten Kampfbund“, zu zahlen. Den Arbeitern, die sich weigern, wird Entlassung angedroht.

Die Presseberichte über eine erneute Bildung der Roten Armee sowie über plündernde bewaffnete Banden sind in diesem Falle. Dagegen muß hervorgehoben werden, daß die Waffenabgabe zurzeit noch durchweg ungenügend ist; so sind in Düsseldorf bis zum 14. April etwa 1000 Gewehre und 5-700 Karabiner abgegeben worden, in Elberfeld bis zum 15. April 1600 Gewehre, 7 Maschinengewehre und 1800 Handgranaten, in Barmen bis zum 15. April 1200 Gewehre, 34 Maschinengewehre sowie größere Mengen Pistolen, in Remscheid bis zum 16. April 475 Gewehre, 122 Pistolen, 4 Maschinengewehre. Seither hat sich die Zahl der abgegebenen Waffen zwar etwas vergrößert, doch steht sie immer noch hinter den zuverlässigen Schätzungen über die Anzahl von Waffen, die sich in den Kampfzügen in den Händen der Arbeiter befinden haben, recht erheblich zurück. Auch die Durchsuchung durch Patrouillen der Ortswehr hat ein sehr geringes Ergebnis gezeigt. Bei den Behörden und bei den Mehrheitsparteien ist die Auffassung vorhanden, daß die heutigen Zustände unbefriedigend und gefährlich sind und daß eine Aenderung plausiblerweise möglich ist.

Nach dem Bericht des parlamentarischen Ausschusses wird die Sicherung nur durch die bestmögliche Einrichtung einer starken staatlichen Sicherheitspolizei gewährleistet werden. In Düsseldorf und Remscheid besteht die Ortswehr fast ausschließlich aus Mitgliedern der U.S.P.D. und K.P.D., wodurch die Befehlsgewalt der Oberbürgermeister wesentlich

eingeschränkt ist. Die Stärke der Ortswehr beträgt in Düsseldorf 1200 Mann, in Remscheid 225 Mann. In Düsseldorf haben sich bereits Schwierigkeiten ergeben bei dem Versuch, die Zahl der Mannschaften auf 600 zu vermindern; die Truppe weigert sich, in diese Herabsetzung einzuwilligen; obwohl die Stadt nicht in der Lage ist, die Mittel aufzubringen.

Handritterium im Lederhandel.

Charakteristisches der kapitalistischen Wirtschaft.

Wir leiden in Deutschland zur Zeit unter einer schrecklichen Schuß- und Stiefelnnot, sodass man annehmen sollte, daß auch geschäftlich interessierte Kreise die Notwendigkeit der Behebung derselben einsehen sollten. Aber weit gefehlt. Man kennt dort noch wie vor nur das nackte brutale Profitinteresse. Wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, befaßte sich letzter Tage der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium mit den Zuständen auf dem Haut- und Ledermarkt. Von Seiten der Lederhersteller war angeregt, ausländisches Leder, das z. T. erheblich billiger ist als inländisches, nicht nach Deutschland heranzulassen, um die deutsche Lederindustrie (die zur Zeit auf teurem Material festzufußt) zu schützen. Die Schuhhändler hatten beantragt, die Ausfuhr von Schuhwerk zu gestatten, da im Ausland z. B. keine hinreichende Absatzmöglichkeit (!) bestehe. Beiden Anträgen gegenüber verhielt sich der Wirtschaftsrat ablehnend. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß in Deutschland die Preise für Leder und Schuhwerk noch derzeit hoch seien, daß alle Maßnahmen abzulehnen seien, die die Preise weiterhin auf dem bisherigen hohen Stand halten könnten. Der Wirtschaftsrat beschloß deshalb einstimmig die unbeschränkte Einfuhr von Schuhbedarfsleder dem legitimen Handel und der weiterarbeitenden Industrie auf Antrag so lange zu gestatten, bis die Inlandspreise für Schuhbedarfsleder sich den niedrigen Auslandspreisen angepaßt hätten. Die Ausfuhr von ledernem Gebrauchsschuhwerk soll in keinem Fall gestattet werden.

Beide Anträge, sowohl der der Lederhersteller, wie der der Schuhhändler sind derzeit freilich und herausfordernd, daß wohl nicht viel. Entschlafkraft von Seiten des Wirtschaftsrates aufzuweisen war, um diese charakteristischen Anträge platt abzulehnen. Die „Frankfurter Zeitung“ hält selbst den Beschluß des Wirtschaftsrates in Anbetracht der gewaltigen Gewinne, welche die Leder- und Schuhindustrie in letzter Zeit trotz Konjunkturdaranges gemacht hat, für durchaus gerechtfertigt. Billige Schuhe sollen keine herein und die Restbestände an deutscher Ware sollen von den ehrlichen Händlern nach dem Ausland verpackt werden. Mehr kann man nicht gut verlangen. Die Herren sind wohl der Meinung, daß im Wirtschaftsrat lauter Trottel sitzen. Der Handel hat die sogenannte Konjunktur infolge der schrecklichen Not des Volkes nachdrücklich genug ausnützen können. Er mag jetzt gefälligst aus den aufgeschickerten Millionen gewinnen die Differenzen der rückläufigen Konjunktur decken und wenn er das nicht will, mit uns die Anbahnung der sozialistischen Wirtschaft betreiben, die nur für das Volk arbeitet und nicht für den Kapitalistengewinn.

Badische Politik.

Das Arbeitsministerium

unterstand am Freitag der Beratung des Haushaltsausschusses des badischen Landtags. Es hat einen ziemlich umfangreichen Bericht über die Arbeitsverhältnisse im badischen Industrie- und Gewerbegebiet erstattet.

Bei der Position: Blindenfürsorge plädierte ein sozialdemokratischer Redner für bessere Bezahlung der gewerblichen Blindenfürsorge. Seitens der Regierung wird für die Blindenfürsorge ein besonderer Beamter zur Verfügung gestellt. Auch ist eine Art und Verbandsorganisation für gewerbliche Erzeugnisse der Blinden gegründet worden. Die badische Verfassung wurde in Blinderarbeit den Blinden zur Verfügung gestellt. In Baden zählt man 40 Kriegsblinde, im ganzen Reiche 4000. Die Regierung vertritt, daß die Blinden zu tun, was in ihren Kräften liegt.

Dem Gau Baden des Reichsbundes für Kriegsebeschädigte werden 9000 M für die Aufgaben zugewiesen, die er zur Entlastung der Hauptfürsorgestellen auf dem Fürsorgegebiete leistet. In Baden zählt man 45 000 Kriegsebeschädigte. Bei dem Titel Gewerbeaufsicht verlangte ein Zentrumstribuner ein eventuelles Einwirken der Regierung, wenn trasse Fälle von Terrorismus gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gemeldet werden. Von sozialdemokratischer Seite wurde erwidert, daß man sich auf diesem Gebiete mehr von der unmittelbaren und ordnenden Tätigkeit der Gewerkschaftsleitungen ver-

Die badische Gesellschaft für soziale Hygiene soll durch einen gemeinsamen Antrag der Parteien anläßlich der vorgehenden 5000 M nunmehr 10 000 M als laufender Jahresbeitrag zur teilweisen Deduktion ihrer Geschäftsumsätze erhalten. Auch bei dieser Gelegenheit wurde einer Vereinheitlichung des Gebietes Ministeriums des Wortes gedenkt. Von sozialdemokratischer Seite wurde noch verlangt, für bessere Luftverhältnisse in den Fabriken durch die berufenen Organe der Regierung Sorge zu tragen.

Beim Kapitel: Bekämpfung des Alkoholismus teilte der Vertreter der Regierung mit, daß leider wieder eine Zunahme der Trunksucht zu konstatieren sei. Die Trinkerheilanstalt in Remscheid solle allmählich wieder, nachdem sie während des Krieges zu anderen Zwecken verwendet werden konnte, — Erhöht werden auch die staatlichen Beiträge an den badischen Fürsorgeverein für bildungsunfähige Krüppel von 15 auf 20 000 Mark. Für die Kinder- und Säuglingsfürsorge werden 170 000 Mark bewilligt. Erziehungsberechtigter Eltern unbemittelter Eltern können wegen des derzeitigen Standes der Saluta nicht mehr in Baden Unterkunft finden. Hierzu wurde seitens einiger Redner auch der frühere Truppenübungsplatz Heuberg, woselbst das Klima sehr gesund sei, vorgeschlagen. Interessant war die Mitteilung des Regierungsbereiters, des Herrn Ministerialdirektors Dr. Fuchs, daß die Schweiz erklärt habe, aus solchen deutschen Städten, die Wiener Kinder angenommen haben, keine Kinder in der Schweiz mehr zuzulassen.

Die Nebenbahnen

sind bekanntlich in finanziell bedrängter Lage. Ihre Geschäftsleistungen haben sich deshalb an den badischen Landtag mit dem Ersuchen um Hilfe gewandt. Der Haushaltsausschuß nahm die Mitteilung der Vertreter der Generaldirektion entgegen, daß das Reichsverkehrsministerium die Nebenbahnen wegen der Konjunkturlage für alle Länder ablehnt. Da einzelne Eisenbahngesellschaften bereits für 1. Juni ihren Beamten gekündigt haben, weil sie mit völliger Betriebseinstellung rechnen, sind eventuell große Schwierigkeiten, insbesondere auch wegen Beförderung von Arbeitern an ihre Arbeitsstellen, zu erwarten. Der Haushaltsausschuß beauftragte deshalb die Regierung, in erneute Verhandlungen einzutreten. Die Abrechnungen über die Rentabilität bezw. Rentabilität der einzelnen Eisenbahngesellschaften lagen vor.

Erhöhung der Höchstpreise für Fleisch und Butter. Das Ministerium des Innern hat die Kommunalverbände ermächtigt, die von ihnen festgesetzten Höchstpreise für Rindfleisch, Kalbfleisch und Ziegenfleisch in dem Verhältnis hinaufzusetzen, daß es dem Unterschied zwischen den Marktpreisen der Schlachtwiehhäute vor dem eingetretenen Preissturz und den laufenden Hautpreisen entspricht.

Gemeindepolitik.

Badischer Städteverband. In einer Vorstandssitzung des Badischen Städteverbandes in Heidelberg wurde Stellung genommen zur Reichsbevollmächtigung. Es wurde ein Interkommunales Komitee gebildet, das in Verbindung mit den Beamtenvertretungen die Überleitung der Reichsbevollmächtigung auf die städtischen Verhältnisse vorbereiten soll. Der Entwurf eines Landesgesetzes über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer wurde als den heutigen finanziellen Verhältnissen der Städte in keiner Weise Rechnung tragend, entschieden abgelehnt. Die Gedanken der Städte sollen dem Ministerium des Innern durch eine Abordnung vorgetragen werden. Zum Landessteuergehilfe sollen dem Ministerium Anträge der Städte unterbreitet werden. Zur Verbrauchssteuerordnung soll die Aufhebung der Bestimmung des Zollvereinsvertrages von 1867, der die Erhebung von Steuern auf ein Minimum beschränkt, verlangt werden. Der Gesetzentwurf über die Hundesteuer und der Gesetzentwurf über die Tarifbewirtschaftung geben zu Bedenken keinen Anlaß. Ebenso billigte man den Gesetzentwurf über die Abänderung des Kostengesetzes. Die Aufsicht des Ministeriums, den Truppenübungsplatz Heuberg für den Landaufenthalt erziehungsberechtigter Kinder zu verwenden, wurde gebilligt. Zur Brot- und Mehlversorgung wurde verlangt, daß der Staat die Mehlkosten übernimmt, die den Städten durch Verwendung teurerer Streckungsmittel entstehen werden, soweit diese Kosten nicht durch die Brotpreise gedeckt werden.

Donauvereine. 29. April. Am 18. Mai soll hier ein Wasserverein zur Aufwärtung des großen Donauarabes auf den Gemarkungen Dillingen, Pfaffen und Altmengingen gegründet werden. Zum Beitritt sind die sämtlichen Grundbesitzer verpflichtet, deren Gebiet in der zur Meliorierung in Aussicht genommenen Grundfläche liegt.

Heidelberg. 22. Mai. Wie das „Heidelberger Tagblatt“ hört, wurde dem Antrag der bürgerlichen Vereinigung stattgegeben und die Stadtratswahl im Stadteil Kirchheim laffert. Die Wahl erfolgte vor drei Wochen nach dem Stimmverhältnis (einfache Mehrheit), 2 Sozialdemokraten und 1 Unabhängiger.

Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjeff.

Die beiden Freunde gingen einige Schritte schweigend. Ich habe mir das Gut meines Vaters aufmerksam angesehen,“ begann Vokaroff von neuem. „Das Vieh ist in schlechtem Stande, die Pferde taugen ebenfalls nichts. Auch an den Gebäuden ist nichts zu rühmen und die Tagelöhner scheinen mir richtige Faulpelze. Was den Verwalter betrifft, so ist er entweder ein Schafkopf oder ein Spitzbube; ich bin mir über ihn noch nicht klar.“

„Du bist heute sehr streng, Eugen.“

„Und die braven Bauern werden deinem Vater eine ordentliche Nase drehen davon bin ich überzeugt. Du kennst das Sprichwort: der russische Bauer würde selbst dem lieben Gott die Haut über die Ohren ziehen.“

„Ich fange an zu gauden, daß mein Dnsel recht hat,“ versetzte Arkadi; „du hast entschieden eine schlechte Meinung von dem Russen.“

„Hat auch was Rechtes auf sich! Das einzige Verdienst des Russen besteht darin, daß er von sich selbst eine ganz miserable Meinung hat. Uebrigens ist das ziemlich gleichgültig; die Hauptsache ist, daß zweimal zwei vier ist; alles andere hat nichts zu bedeuten.“

„Und die Natur — hat auch die nichts zu bedeuten?“ versetzte Arkadi, indem er einen träumerischen Blick über die bunten Felder warf, welche die untergehende Sonne mit einem schönen weichen Lichte überzog.

„In dem Sinne, den du dem Worte jetzt beilegst, hat auch die Natur nichts zu bedeuten. Sie ist kein Tempel, sondern eine Werkstatt, und der Mensch ist der Arbeiter darin.“

In diesem Augenblicke schlugen die langsamen Modulationen eines Violoncells an ihr Ohr. Die Töne kamen aus dem Hause. Der Musiker spielte mit Gefühl, wenn auch mit ungeübter Hand Schuberts „Erwartung“ und diese süße Melodie durchdrang die Luft wie Sonntagluft.

„Was ist das?“ fragte Vokaroff erstaunt.

„Es ist mein Vater.“

„Dein Vater spielt Violoncell?“

„Ja.“

„Und wie alt ist dein Vater?“

„Bierundvierzig Jahre.“

Vokaroff brach plötzlich in lautes Lachen aus.

„Worüber lachst du?“

„Wie, ein Mann von vierundvierzig Jahren, ein paterfamilias, spielt im Aischen Kreise Violoncell!“

Vokaroff fuhr fort, herzlich zu lachen, aber wie groß Arkadi Respekt vor seinem Lehrmeister auch war, diesmal empfand er nicht die mindeste Lust, seinem Beispiel zu folgen.

10.

So vergingen etwa vierzehn Tage. Das Leben zu Marino schwand in gleichförmiger Weise dahin. Arkadi spielte den Schach und Vokaroff arbeitete. Alle im Hause hatten sich an ihn, sein ungeniertes Auftreten und seine knappe, schroffe Redeweise gewöhnt. Namentlich Feinlichkeit war so vertraut mit ihm geworden, daß sie ihn eines Nachts, als Mitta Krämpfe bekam, wecken ließ. Vokaroff kam, blieb, seiner Gewohnheit gemäß bald scherzend, bald gähnend, zwei Stunden bei ihr und half dem Kinde. Raul Petrowitsch dagegen verabscheute Vokaroff aus dem Innersten seiner Seele; er hielt ihn für einen hochmütigen, frechen, zynischen Burischen, für einen wahren Plebejer; er hatte Vokaroff im Verdacht, daß er ihn nur wenig achte — ihn Raul Petrowitsch Kirjanoff — ja daß er ihn vielleicht gar verachte!

Nikolaus Petrowitsch fürchtete den jungen Nikifilten und bezweifelte, daß er auf Arkadi einen günstigen Einfluß übe; aber er hörte ihm mit Vergnügen zu und war bei seinen physikalischen Experimenten gern zugegen. Vokaroff hatte ein Mikroskop mitgebracht und ganze Stunden sah man ihn mit demselben beschäftigt. Auch die Domschiffen hatten sich an ihn gewöhnt, obgleich er sich gern über sie lustig machte; sie sahen in ihm mehr ihresgleichen als einen Herrn. Dunjatscha namentlich liebte es mit ihm zu scherzen, und war ihm heimlich vielgeliebte Witze zu, wenn

sie wie eine kleine Wachtel an ihm vorüber trippelte. Peter, ein beschränkter, aufgelaener, dummer Mensch, der ewig mit bestimmerter Miene umherging und dessen ganzes Verdienst darin bestand, daß er ein höfliches Gesicht machte, buchstabieren konnte und ihm häufig den Ueberrod büstete — Peter lächelte, ja machte sogar ein strahlendes Gesicht, sobald ihm Vokaroff die geringste Aufmerksamkeit schenkte; die Kinder der Dworoni liefen hinter dem „Doktor“ her wie junge Hunde.

Der alte Profositsch war der einzige, der ihn nicht leiden mochte. Bei Tisch bedient er ihn immer mit einem sauerköpfigen Gesichte, nannte ihn einen „Schinder“ und Landstreicher und versicherte, mit seinem langen Vadenbart sehe er aus wie ein Schwein im Gebüsch. Profositsch war in seiner Art nicht weniger Aristokrat als Raul Petrowitsch. Es war zu Beginn des Juni, der schönsten Zeit des Jahres. Das Wetter war herrlich. Allerdings drohte von ferne wieder die Cholera; aber die Bewohner des Gouvernements z. waren an ihre Besuche bereits gewöhnt. Vokaroff stand sehr früh auf und wanderte auf zwei, drei Werst vom Hause umher, nicht um spazieren zu gehen — zwecklose Promenaden mochte er nicht leiden — sondern um Pflanzen und Insekten zu sammeln. Zuweilen nahm er Arkadi mit sich. Auf dem Rückwege pflegten sie dann zu disputieren und Arkadi wurde in der Regel geschlagen, obgleich er weit mehr sprach als sein Gefährte.

Als sie eines Tages etwas lange ausblieben, ging Nikolaus Petrowitsch ihnen in den Garten entgegen. Als er in die Nähe des Boskettts gekommen war, vernahm er plötzlich die raschen Schritte und die Stimmen der beiden jungen Leute. Sie gingen an der anderen Seite des Boskettts vorüber und vermochten ihn nicht zu sehen.

„Du kennst meinen Vater noch zu wenig,“ sagte Arkadi. Nikolaus Petrowitsch blieb stehen.

„Dein Vater ist ein braver Burische,“ versetzte Vokaroff; „aber er gehört in die Kumpfkammer, er hat sein Viehdien ausgefungen.“

Nikolaus Petrowitsch lachte. ... Arkadi erwiderte nichts.

(Fortsetzung folgt.)

Unter
preuß. Pa
im Wort
griffen zu
Sozialdem
Wahlen
Parteierte
bewährte
fragen, f
stellen
seit 25 Ja
für seine
Wahlen u
Schul
Rauheim
demokrati
Berlin 16
der Sozial
herverrag
weisen hat
Punkt 35
facht“ dah
Diese
daß sie
den herrl
machen fol
und Gewi
Forderung
Partei leit
verlange
zuförder
demokrati
sich zu ein
in den Be
war, trat
wissensfre
aber mit
Schu
duldfame
konnte, un
landuldfam
unsere Aeg
daß diejen
hang mit
aus der U
aber, weld
nur aus U
berbleiben
die volle
auch wette
Kriegsblat
Sozialdem
Er fa
Anbe
Soziald
Bilden
bleiben
haben sich
ihrer dem
geht jetzt
der Kirche
lediglich
ausnutzen,
sichlitem
war eine
schönen Ba
selbst ist r
neue R
mit ein
tätigen
an den B
impfen h
überzeugt,
mehr Plac
demokrati
Birkfank
reichen S
Deutschlan
sonders
alten Stil
Schu
der alte
seine Gef
wird.“

Da a
so kann
wiederhol
lichen Leh
In der et
Kirchenbu
Kirchen-K

gegen un
hat, wie
Partei be
die gegn
nationale
mer Ben
Schmiede
reichen o
wahl in
Hoffnung
gewerksch
von uns
Wir l
Schmied
und bem
sehr stark
Brehom
legten F
zu den B
gebnis d
nig ang
Die
des Part
des „Sch
der „Sch
Bergew
Parteieng
leit, daß
Goffeinz
gen über

Religion und Sozialdemokratie.

Von Dr. Dieck, Stadtrat in Karlsruhe.

Unter dieser Überschrift hat nunmehr auch der bekannte preuß. Parteigenosse, Landtagsabgeordneter Heinrich Schulz im „Vorwärts“ vom 28. Februar 1920 Nr. 37 das Wort ergriffen zu der Streitfrage, ob die in der Kirche verbliebenen Sozialdemokraten sich an kirchlichen Leben und an den kirchlichen Wahlen beteiligen sollen, und es wird auch für die badischen Parteigenossen von Wert sein, festzustellen, daß dieser alte und bewährte sozialdemokratische Kämpfer in Religions- und Schulfragen, für eine unbedingte Bejahung der gestellten Frage eintritt, obwohl er selber, wie er schreibt, seit 25 Jahren aus der Kirche ausgeschieden ist und sich daher für seine Person an dem kirchlichen Leben und an den kirchlichen Wahlen nicht beteiligen kann.

Schulz, welcher ja insbesondere durch sein Referat auf dem Mannheimer Parteitag 1906 über „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ und seine Schrift „Sozialdemokratie und Schule“ (Berlin 1907) und „Sozialdemokratie und Schule“ (Berlin 1907) und „Sozialdemokratie und Schule“ (Berlin 1907) bekannt ist, hat in der Kirche ausgeschieden ist und sich daher für seine Person an dem kirchlichen Leben und an den kirchlichen Wahlen nicht beteiligen kann.

Diese Forderung ist von uns immer so aufgefaßt worden, daß sie dem Mißbrauch des Staates und der hinter ihm stehenden herrschenden Klassen mit der kirchlichen Gewalt ein Ende machen sollte. Der Staat als solcher sollte sich in die Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht einmischen. Daneben besogte die Forderung aber auch, daß die Sozialdemokratie als politische Partei kein religiöses Glaubensbekenntnis von ihren Anhängern verlange. Es ist oft genug von berufener Munde und an berufener Stelle zum Ausdruck gebracht worden, daß die sozialdemokratische Partei ihren Anhängern volle Freiheit lasse, sich zu einer Konfession zu bekennen oder nicht. Da das letztere in den Zeiten des Vorkriegs die gefährlichere Entscheidung war, trat die Partei mit besonderem Nachdruck für die Gewissensfreiheit der verfolgten Dissidenten ein, ohne sich damit aber mit den Dissidenten irgendwelcher Art zu identifizieren.

Schulz stellt dann fest, daß allerdings diese grundsätzliche Haltung in der Praxis nicht immer gewahrt werden konnte, und daß in der Polemik und als Abwehr gegen kirchliche Invidiosität nicht selten ein religionsfeindlicher Zug durch unsere Agitation gegangen ist. Schulz hält auch daran fest, daß diejenigen Parteigenossen, denen jeder innere Zusammenhang mit der Kirche fehle, die moralische Verpflichtung hätten, aus der Kirche auszutreten. Für diejenigen Parteigenossen aber, welche aus innerer Ueberzeugung, Religiosität oder auch nur aus Unsicherheit über ihre seelische Verfassung in der Kirche verbleiben zu müssen glauben, verlangt er dagegen nicht nur die volle Anerkennung ihres Standpunktes, sondern er verlangt auch weiter von ihnen, daß sie ihre Verpflichtungen gegen die kirchliche Gemeinschaft, der sie angehören, erfüllen und als Sozialdemokraten sich an dem kirchlichen Leben aktiv beteiligen.

Er sagt hierüber wörtlich:

„Andererseits verlangt aber die neue Zeit von den Sozialdemokraten, die mit Bewußtsein und Willen in ihrer kirchlichen Gemeinschaft verbleiben, eine andere Haltung als bisher: sie haben sich innerhalb ihrer kirchlichen Gemeinde aktiv im Sinne ihrer demokratisch-sozialistischen Einstellung zu betätigen. Es geht jetzt noch weniger als früher an, daß die leitenden Organe der Kirche deren große moralische und materielle Nachmittel lediglich im Sinne ihrer politischen und sozialen Einstellung auszunutzen, die mit ihrem religiösen Bekenntnis in keinerlei sachlichem Zusammenhang zu stehen braucht. Die alte Kirche war eine Staatskirche, ein Machtmittel in der Hand der herrschenden Klassen. Das ist sie heute nicht mehr, denn der Staat selbst ist nicht mehr ein Organ der herrschenden Klasse. Die neue Kirche aber kann eine Volkskirche und damit ein Mittel demokratischer und sozialer Betätigung werden, wenn die in ihr vereinigten Volksmassen von den Rechten, die ihnen zustehen und die sie noch zu erkämpfen haben, den richtigen Gebrauch machen. Ich bin davon überzeugt, daß infolge des Nobemberumsturzes noch viel mehr Fortschritt als heute den Mut finden würden, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen und eine wahrhaftige religiös-soziale Wirksamkeit zu entfalten, wenn sie sicher wären, daß die zahlreichen Sozialdemokraten in ihrer Gemeinde und im übrigen Deutschland hinter ihnen ständen und sie schützten, wenn sie — besonders auf dem Lande — von einflussreichen Persönlichkeiten allen Stills bedrängt werden.“

Schulz ist der Ueberzeugung, daß auf diesem Wege auch der alte geschichtliche Gegensatz zwischen Schule und Kirche seine Gefährlichkeit für das soziale Zusammenleben verlieren wird.

Da auch in Baden die Kirchenwahlen vor der Tür stehen, so kann allen in der Kirche befindlichen Parteigenossen nur wiederholt und dringend die regste Anteilnahme an dem kirchlichen Leben und an den kirchlichen Wahlen empfohlen werden. In der evangelischen Kirche ist es in erster Reihe der „Volkskirchenbund“, welcher sich die Sammlung der sozialdemokratischen Kirchenangehörigen zum Ziele gesetzt hat.

Aus der Partei.

Der Angriff des Genossen Dr. Hofheinz

gegen unsern Genossen Sahn in der Nr. 7 der „Schmiede“ hat, wie vorausgesehen war, innerhalb wie außerhalb der Partei berechtigtes Aufsehen erregt. Mit Vehemenz druckte die gegenwärtige Presse zu allererst natürlich die deutsch-nationale „Süddeutsche Zeitung“, dann auch das Mannheimer Zentrumblatt „Volksblatt“, den Artikel aus der Schmiede ab und machten dazu ihre mehr oder minder geistreichen oder hässlichen Glossen. Bei einer Betriebsratswahl in einem großen Mannheimer Betriebe wurde der Hofheinzsche Artikel sogar als Agitationsstoff gegen die freigeberische Liste benutzt. Der „Erfolg“ war also der von uns vorausgesehenen.

Wir haben sofort bei Erscheinen des Artikels in der „Schmiede“ das Verhalten des Gen. Dr. Hofheinz beurteilt und bemerkt, daß Gen. Dr. Hofheinz den Gen. Sahn etwas sehr stark mißverstanden habe. Der Parteivorstand und die Präkommission des „Volksfreund“ nahmen nun in einer freitag statthabenden Sitzung ebenfalls Stellung zu den Auslassungen des Gen. Dr. Hofheinz. Das Ergebnis der Besprechung wurde in nachfolgender einstimmig angenommener Entschließung festgelegt:

„Die am 30. April statthabende gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes Karlsruhe und der Präkommission des „Volksfreund“ nahm Stellung zu dem in der Nr. 7 der „Schmiede“ erschienenen Artikel von Gen. Dr. Hofheinz „Vergewaltigung unserer Bewegung“. Die anwesenden Parteigenossen und Parteigenossinnen stellen einstimmig fest, daß die in dem genannten Artikel von dem Gen. Dr. Hofheinz dem Gen. Sahn in den Mund gelegten Neuerungen über die Geistesarbeiter weder dem Wortlaut noch dem

Sinne nach gefallen sind. Sie mißbilligten daher aufs schärfste die vollständig unangebrachten Angriffe des Gen. Dr. Hofheinz gegen den Gen. Sahn, dessen Verdienste um die Partei durch derartige Angriffe nicht geschmälert werden können, und dem sie nach wie vor ihr vollstes Vertrauen ausspricht.“

Wir dürfen wohl an der Loyalität jener Blätter, die den Artikel von Gen. Hofheinz abdruckten, erwarten, daß sie auch von dieser Erklärung Notiz nehmen.

Gewerkschaftliches.

Reaktionäre Versicherungsunternehmungen. — Versteckter Kampf gegen den Achtstundentag.

Die Versicherungsangestellten kämpfen bekanntlich vergebens um eine den Verhältnissen angemessene Bezahlung. Ein neuerdings vor dem Schlichtungsausschuß beantragter Schiedsspruch ist unter den gegebenen Verhältnissen erwartungsgemäß abgelehnt worden. Die bei den hiesigen Versicherungsunternehmen, diejenige der Karlsruher Lebensversicherung und der Badischen Feuerversicherungs-Vereinigung, die beiden Direktionen ihren Angestellten vorgelegten, die beantragte Erhöhung durch Leistung von Ueberstunden für je 5.— M herbeizuführen. Wohlgedacht, statt innerhalb der gesetzlichen Höchsttarife eine ausreichende Bezahlung zu finden, sollen die Versicherungsangestellten, von jeder von den Arbeitgeberern besonders ausgelesen, durch vermehrte Arbeitszeit annähernd das erst erreichen, was der Mehrzahl der Arbeitenden des Achtstundentags zukommt. Diese Maßregel soll nur vorübergehend sein. Man kennt das aber zur Genüge. Aus dem vorübergehenden Zustand wird leicht ein dauernder. Der Tarifvertrag sagt übrigens ausdrücklich: „Ueberstunden sind grundsätzlich zu vermeiden.“ Die Tarifvereinbarung über die Ueberstunden bezieht sich daher auch nur auf Einzelfälle. Man sieht die mächtigen Herren Arbeitgeber versuchen, sich über tarifliche und gesetzliche Bestimmungen einfach hinwegzusetzen. Wie bei dem Abschluß des letzten Tarifvertrages soll auch hier die Not der Versicherungsangestellten zur Durchsetzung der reaktionären Ziele von einigen Wenigen dienen. Der Vorschlag der beiden Direktionen ist weiter nichts als ein versteckter Versuch der Befestigung des Achtstundentags. Hoffentlich werden die Beamten der beiden Gesellschaften wissen, was sie zu tun haben.

Jugend und Sport.

Zur Schaffung von Jugendherbergen.

Ein Gebiet, auf dem unser „Rustland“ ausnahmsweise no hinter dem Norden bisher zurückstand, war das der Schaffung einer Organisation zur Errichtung von Jugendherbergen, wie sie bereits in ganz Norddeutschland besteht. Daß bei den heutigen Forderungen, Vervielfachung und Uebernahmepreisen, die es der Jugend, vor allem auch der Arbeiterjugend, einfach unmöglich machen, hinauszuweichen in die Berge und Wälder der Heimat, die Errichtung von Heimstätten, Unterlufstäumen, Herbergen einfach dringende Notwendigkeit ist, wenn man nicht will, daß die Jugend in der Großstadt ganz verkommen, verfaulen und zu Grunde gehen soll, bedarf kaum einer besonderen Betonung. Aber nur in einem gemeinsamen Zusammenwirken aller der Jugendpflege sich widmenden Organisationen, der Wander- und Sportvereine, Staat und Gemeinden kann etwas Großartiges, ein über das ganze Land sich erstreckendes Netz von Herbergen und Aufnahmestätten errichtet werden. Eine solche Organisation entstand schon vor dem Kriege in dem „Hauptauschuß für deutsche Jugendherbergen“, dem zu ob die Sportorganisationen der Arbeiterjugend, u. a. freie Turnerschaft sowie die Arbeiterjugend und Gewerkschaften sich angeschlossen, der in den kurzen Jahren seines Bestehens bereits eine außerordentlich fruchtbare Tätigkeit entfaltet hat. Dieser Hauptauschuß gliedert sich in Zweigausschüsse in den einzelnen Ländern, und auch für Baden wurde nun kürzlich in Karlsruhe ein solcher Zweigausschuß gegründet.

Der Verlauf der Gründungsversammlung, zu der Vertreter fast aller Sport- und Wanderorganisationen sowie staatliche und städtische Behörden erschienen waren, berechtigt für die Entwicklung der segensreichen Einrichtung zu den besten Hoffnungen. Es war auch gute Vorarbeit durch den vorbereitenden Ausschuß geleistet worden. Daheim einleitenden Vortrag von Herrn Prof. Brohmmer-Freiburg über „Wanderheime der Jugend“, in dem der Redner die Entwicklung der bisherigen Wanderorganisationen, Wandervogel, Pfadfinder, Luiborn usw. in fesselnder Weise schilderte und nach Errichtung eines kurzen Geschäftsberichts über die bisherige Arbeit des arbeitenden Ausschusses, den Herr Lehmannsprattmann Bohnert gab und des Massenberichts durch Herrn Weigel, wurde zur Gründung des Zweigausschusses geschritten. Alle erbetenen Korporationen erklärten ihren Beitritt, die Zentralkommission für Sport und Körperpflege war durch Gen. Grimm von der freien Turnerschaft, die Gen. Ehrenfried, Kettnermann und Gen. Gutschmann-Freiburg von den Naturfreunden und Gen. Reibauer Winter für die Arbeiterjugend vertreten, die den Anluß ihrer Organisationen erklärten.

Im Anschluß an die Gründung des Zweigausschusses wurden sofort auch die Sitzungen beraten und einstimmig angenommen. Der Sitz des Zweigausschusses ist Freiburg. Den Vorstand bilden: 1. Vorsitzender Prof. A. Brohmmer, 2. Vorsitzender Arbeitersekretär Gutschmann, Geschäftsführer Bohnert, Kassawesen Weibel, alle in Freiburg; ferner sieben Beisitzer aus den verschiedenen Korporationen.

Die wandernde und sporttreibende Arbeiterjugend darf die Schaffung des Zweigausschusses Baden für deutsche Jugendherbergen mit besonderer Freude begrüßen und wird ihr jede mögliche Unterstützung zuteil werden lassen.

Die Maifeiern im Lande.

Karlsruhe, 2. Mai. Die Maifeier der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei wies eine reiche Beteiligung auf. An der Morgenveranstaltung im Stadtpark beteiligten sich gegen 20 000 Menschen, es fand ein Doppelfest statt. Die Ansprache hielt Gen. Hof. Am Abend fand die Feier in den Sälen der städtischen Festhalle statt, die sich als viel zu klein erwies, so gewaltig war der Andrang. Die Festrede hielt Stadtrat Dr. Dieck. Das Programm enthielt Vorträge von Künstlern des Landestheater, der Genossin Schaufpfeilerin M. Bz., des Herrn Baumhagen und Fr. Willifort, weiter Darbietungen der Arbeitergesangvereine, der freien Turner und der Arbeitertrabfahrer. Den Schluß bildete ein Ball.

Durlach, 2. Mai. Von herrlichen Maiwetter begünstigt feierte die Durlacher Arbeiterjugend das Maifest. Vormittags 10 Uhr sprach Genosse Schulz in der Massenversammlung auf dem Schloßplatz. Seine Ausführungen gipfelten in der Mahnung an die Arbeiterjugend, alles Trennende zu vergessen und auf der Hut zu sein, daß uns die Erzeugnisse der Revolution nicht wieder entziehen werden, sondern vielmehr bei den kommenden Wahlen sie zu veranlassen, daß wie allen

Stürmen gewachsen seien. Um 1 Uhr bewegte sich ein stattlicher Festzug durch die Straßen der Stadt; eine gewaltige Demonstration als Mahnung an die Reaktion und als Zeichen der Macht der organisierten Arbeiterjugend. Um 6 Uhr fand in der Festhalle der Festakt statt. Die Arbeiterportvereine ohne Ausnahme boten wahre Glanznummern ihres Könnens. Der Saal war überfüllt. Allen Mitwirkenden herzlicher Dank. Die Unabhängigen konnten es nicht unterlassen, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, die allerdings nicht übermäßig besucht war. Die Worte des Festredners zur Einigkeit sind allerdings bei ihnen wirkungsvoll verhallt. Wann wird die Arbeiterjugend endlich einsehen, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit zum Ziel führen können.

1. Aue bei Durlach, 1. Mai. Die Maifeier gestaltete sich zu einer wichtigen Demonstration gegen die Gefahr, die sich von Rechts zu demühen sucht, die Erfolge der Revolution wieder zu rauben. Der Festzug, der über 1000 Teilnehmer aufwies, bewegte sich durch einige Ortsstraßen unter Vorantritt einer Musikkapelle mit den Spielern der freien Turnerschaft an der Spitze, nach dem Sportplatz der freien Turner, woselbst die Sängervereinigung des freien Turnvereins, sowie der Sängervereinigung und Turnervereinigung einige Chöre vortrugen. Die Festrede hielt der Gen. Stöhrer aus Ettlingen, der in markanten Worten auf all die Gefahren hinwies, auf die sich die Arbeiterjugend gefaßt machen muß, wenn sie nicht einig und geschlossen ist. Neben wies noch darauf hin, daß man jetzt alle Hebel in Bewegung setzen müsse, um die Erfolge noch weiter auszubauen und es daher Pflicht eines jeden Hand- und Kopfarbeiters sei, in der nächsten Zeit sich aufzuraffen, um in die Reihen der Kämpfer einzutreten, damit das angefangene Werk rascher vollendet werden kann. Nach Schluß der Festrede marschierte man zurück in die Vereinslokale, woselbst dann die Feier ihren Abschluß fand mit einem Festball.

a. Königsbach, 1. Mai. Einen würdigen Verlauf nahm hier die Maifeier. Am Tage fand ein Demonstrationzug statt, an dem sich auch die Mitglieder der U.S.P. beteiligten. Abends hielten die beiden Parteien getrennt Versammlungen ab. Für unsere Partei sprach Gen. Trinius. Ein Theaterstück fand besondere Aufnahme.

a. Bruchsal, 2. Mai. Die Maifeier verlief hier in programmatischer Weise. Vormittags 10 Uhr fand eine Versammlung der beiden sozialdemokratischen Parteien und des Gewerkschaftsbundes im „Bürgerhof“ statt. Die Versammlung wurde durch den Vortrag des Massenredners Lord Poleton in prächtiger Weise eingeleitet, worauf Abg. Gen. Kurz-Gröbinnen die Festansprache hielt. Insbesondere zeigte er hierbei den jüngeren Genossen herrliche Beispiele von Idealismus unserer älteren Genossen in früheren Jahren. Er empfahl dem Proletariat, gerade heute am 1. Mai die Einigung, die uns reiche Früchte bringen würde. Um 12 Uhr fand ein Promenadenkonzert im Stadtpark statt, das gut besucht war. Die vollständige Stadtkapelle trug prächtige Weisen vor, ebenso verschönte der Arbeitergesangverein das Konzert durch den Vortrag von „Sant und Gute“. Am Abend versammelten sich das Proletariat im „Bürgerhof“, um den Abschluß des Maifestes in gemühtlicher Unterhaltung zu begehen. Auch hier war es wiederum der Arbeitergesangverein „Harmonie“, der in unermüdlicher Tätigkeit unter der bewährten Leitung des Herrn Hauptlehrer Prager Männer- sowie gemischte Chöre zum Vortrag brachte. Die Arbeiterturner, soweit sie dem Arbeiterturnverein angehörten, boten ebenfalls sehr gute Leistungen, besonders die Jugendriege. Kollege Köhler, der erst kürzlich aus der Gefangenschaft zurückgekehrt ist, hatte den humoristischen Teil übernommen, auch ihm wurde reichlicher Beifall zuteil. Den Schluß bildete ein Tanz. — Der Tag verlief in schöner Weise und die Arbeitsruhe wurde fast durchweg durchgeführt, abgesehen von einigen Gartensparten, die es sich nicht verkneifen konnten, Feldarbeit zu verrichten.

W. A. Seibelberg, 2. Mai. Die sozialdemokratische Partei unserer alten Redarstadt begann ihre Maifeier in durchaus würdiger und schon verlausener Weise. Morgens 10 Uhr fand eine Festversammlung im großen Saale der Stadthalle statt, die durch ein Orchesterkonzert eingeleitet wurde. Daran schloß sich ein Männerchor des Gesangvereins Sängerkreis unter Leitung seines bewährten Dirigenten Herrn Gompf. Nach einem ergreifend von Heinz Saar registrierten Prolog von Bühler, dem einige erläuternde Worte über den Verfasser vorangingen, wurden 2 Sellostücke mit Klavierbegleitung durch die Herren Priebner und Gompf wirkungsvoll zu Gehör gebracht. Hiernach hielt Landtagsabgeordneter E. Raier seine Festrede. Der Redner schloß mit einem Appell für Einigung der Proletariat, sowohl der ganzen Welt, wie auch innerhalb Deutschlands. — Den Schluß bildete ein Männerchor mit Orchesterbegleitung „Gehet der Hölle“ von A. Guggenbühler, Text von Kurt Eisner) und ein lebendes Bild der freien Turnerschaft Seibelberg. — Mittags bereinigte ein Ausflug auf den Seibenberg die Arbeiter. Den Schluß des Tages bildete eine Festveranstaltung in Stadthalle.

Mannheim Die Maifeier der sozialdemokratischen Partei fand im Hofgarten bei ca. 4500 Personen statt. Die Festrede hielt Gen. Dr. Kraus-Seibelberg. Musikalische, sowie gesangliche Darbietungen der Arbeiterjünger und turnerische Aufführungen der freien Turner verschönten die Feier.

1. Nieberhül bei Rastatt. Der Besuch unserer Maifeier hätte etwas besser sein dürfen. Im Mittelpunkt der Feier stand die Festrede von Gen. Gisele-Karlsruhe, dessen Ausführungen begeisterte Aufnahme fanden. Eine Musikkapelle sowie Mitglieder unseres Parteivereins sorgten für die nötige Unterhaltung durch mehrere Vorträge usw., sodas die Feier einen guten Verlauf nahm.

m. Offenburg, 2. Mai. In nicht weniger als vier Veranstaltungen feierte die hiesige Arbeiterjugend ihre Maifeier. Vormittags versammelten sich in der „Mittelhalle“ die Kommunisten, wo Hauptlehrer Kunz-Freiburg die Festrede hielt. Die Versammlung war nur schwach besucht. Mittags 2 Uhr traten die Unabhängigen zum Festzug an, an dem sich ungefähr 150 Personen, einschließlich Frauen und Kinder beteiligten. Die eigentliche Feier fand in der „Union“ statt. Unsere Partei hielt die Feier im „Dreikönigsaal“ ab und hatte einen ziemlich guten Besuch zu verzeichnen. Genosse Reichstagsabgeordneter Ostler-Ged.-Mannheim hielt eine sehr eindrucksvolle Festrede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Etwas später gab es einen Vortrag des Vortragsvereins vom Stadtheater, der Arbeitergesangverein Germania und die Parteigenossen und Genossinnen, die das Theaterstück: „Der letzte Sinn“ mit gutem Geschick aufführten. Besonders erfreut hat uns der junge Violinkünstler Samuel Schillinger. Auch die Musiker vom Trio Jung taten ihr Bestes. Die Feier wurde mit Tanz abgeschlossen.

s. Freiburg, 2. Mai. Die Beteiligung an der gestrigen Maifeier veranlaßt von der Partei und Gewerkschaften, war eine gewaltige. Die geräumige städtische Rast- und Festhalle war mit Tausenden von Teilnehmern besetzt. Von einem Maifestzug hatten Partei, sowohl wie die Gewerkschaften, übereinstimmend in diesem Jahre Abstand genommen. — Einen kläglichen Verlauf nahm ein Demonstrationzug der Kommunisten. Von den 1500 bis 2000 Personen, die nach dem Ministerplatz gegangen waren, um die kommunistischen Redner „denkern“ zu hören, beteiligten sich höchstens 300 an dem Umzug. Die Unabhängigen hielten heute eine getrennte Maifeier im Festsaal ab, bei welcher Adolf Ged.-Offenburg als Redner auftrat.

Der Maifeiertag in Karlsruhe.

Das war ein Sonnen- und Maientag, wie wir ihn schon lange nicht mehr erlebt haben! Was nützen da alle ablehnenden Beschlüsse von Nationalparlamenten, alles Totschweigen der sonst so geschwägigen bürgerlichen Karlsruher Presse über die von der Karlsruher Arbeiterchaft vorgegebenen Maifeierveranstaltungen: die Sonne protektierte gegen das Bürger- und Spießertum und beiderte der Arbeiterchaft einen Sommertag von einer Nacht und Schönheit, daß aller Groll, alle Sorgen, alle Trauer verschwinden mußten, daß nur Feiertags- und Festesfreude die Herzen des arbeitenden Volkes besetzten. Wir in Baden haben ja den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag durch „landesherrliche“ Verordnung; aber auch ohne dies glauben wir nicht, daß der Feiertag weniger gefeiert worden wäre. Die Arbeiterchaft und dazu jetzt noch die Angestellten und Beamten, sie betrachteten den Mai-Arbeitstag als eine ihrer Errungenschaften der Revolution und sie halten ihren Arbeitstag gleich, pünktlich um das, was durch Nationalparlamenten oder von sonst woher beschlossen oder verordnet wird. Trotz des Beschlusses der Nationalparlamenten sah sich ja z. B. auch die Reichspostverwaltung veranlaßt, am 1. Mai bei der Post Sonntagsbetrieb einzuführen und auch der Karlsruher Stadtrat mußte, freiwillig oder unfreiwillig, dulden, daß die Straßenbahnen am 1. Mai ihre Wagen im Depot liehen. Die Opposition des Bürgertums kann man deshalb nur als Dummheit oder Eigenfinn oder aber auch als Ausfluß des alten Hasses gegen die Arbeiterchaft bezeichnen. Denn durch Beschlüsse wie jenen der Nationalparlamenten wird weiter nichts bewirkt wie jenen der Arbeiterchaft, eine Verhärtung der politischen Situation. Wenn ein so großer Volksteil, wie ihn die sozialistische Arbeiterchaft darstellt, die Freigabe des Tages, der ihr durch eine 50jährige Tradition ans Herz gewachsen ist, verlangt, so sollten die andenkenden politischen Kreise so einflüßlich sein und ein Entgegenkommen zeigen.

Das Bürgertum ließ sich ja auch den Ruhetag ganz gerne gefallen; man sah am 1. Mai nur sonntäglich gekleidete Menschen. Wenn einige Spießer und Kleinrentner und Kranten, wie uns berichtet wird, trotz Geizes und Verordnung in ihren Betrieben arbeiteten und arbeiten ließen, so konnte dies dem Charakter des Tages keinen Abbruch tun. Der Tag der Arbeiterchaft war ein Tag des gesamten Volkes, der wiederum zeigte, daß die Arbeiterchaft eine Macht ist, die alles erreichen kann, wenn sie nur will.

Das vom Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der sozialdemokratischen Partei — die Unabhängigen glaubten wieder einmal, gesondert vorgehen zu müssen — aufgestellte Festprogramm darf als ein ganz besonders pünktlich zumangewandtes bezeichnet werden. Morgens um 10 Uhr fand im

Stadtgarten

ein Doppellkonzert unter Mitwirkung der Arbeitergesangsvereine statt. Das herrliche Frühlingswetter rief natürlich eine riesige Menschenmenge in den Stadtgarten, der wohl noch selten solch einen Massenbesuch aufzuweisen hatte. 18—20 000 Menschen hat der Besuch betragen. Eine festesfrohe, unübersehbare Menschenmenge, fast ausschließlich aus Arbeitern bestehend — nur selten sah man einen Vertreter des Bürgertums — erging sich in den schönen in vollem Frühlingsglanz stehenden Anlagen unteres Stadtgartens und erfreute sich an den schönen Musikvorträgen der beiden Musikkapellen, von denen die eine, der Musikverein Karlsruhe (Gewerkschaftsvorsteher) unter tüchtiger Leitung von Herrn Leonhardt im vorderen Teile des Stadtgartens spielte, während die andere, das Harmonieorchester, am Schwaneise konzertierte. Verschiedene Vereine und Korporationen erschienen in geschlossenem Zuge, so die Straßenbahnen und die Arbeiter-Jugend mit ihrer neuen, prächtigen Fahne, die am Maientag ihr zum erstenmal vorgehängt wurde. Wichtig und stimmungsvoll erklangen Angeres „Marsch“, gefolgt von der „Lassalla“ und „Lithmanns“, die „Strom“-Liedern von dem „Vorwärts“, in den Maientag hinein.

Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßte Kartellvorsitzender Gen. Hof die Anwesenden. Er wies dabei auf die seit 30 Jahren von der internationalen Arbeiterchaft vertretenen Forderungen des 1. Mai hin: Schutz der Arbeit, Friede und Freiheit. Es ist schmerzlich, so betonte Gen. Hof, daß auch am heutigen Feiertag die organisierte Arbeiterchaft getrennt marschiert. Aber wir hoffen, daß sie sich bald wieder zusammenfinden wird auf dem neutralen Boden der Gewerkschaften. Der internationale Gewerkschaftsbund hat in diesen Tagen einen Aufruf erlassen zur alsbaldigen Durchführung der Sozialisierung. Wir Deutschen müssen von den organisierten Arbeitern jenseits der Grenzen verlangen, daß sie sich energisch dafür einsetzt, daß der Völkerverbund endlich zu einem wahren Bunde aller Völker umgestaltet wird. Die Angriffe auf den Achtstundentag werden von der Arbeiterchaft abgewehrt werden, der Nationalfeiertag ist der Arbeiterchaft im Reiche von Parlamenten vorenthalten worden. Wenn der 1. Mai nun erst recht gefeiert wird, so freuen wir uns dessen. Mit einem Hoch auf die internationalen Arbeiterorganisationen schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Ansprache.

Was so schon die Morgenveranstaltungen eine gewaltige Kundgebung der organisierten sozialistischen Karlsruher Arbeiterchaft, so wurde diese, wenn es noch möglich sein sollte, übertrumpft durch die Feier am Abend in der

Festhalle.

Lange vor dem festgesetzten Beginn war der große Saal bereits überfüllt, daß auch der kleine Saal geöffnet werden mußte. Stuhl an Stuhl saßen die Menschen und würdig ernste Feststimmung leuchtete aus ihren Augen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Genosse Hof, begrüßte im Namen des Ortsausschusses Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die städtische Versammlung, sowie den Staatspräsidenten Geiß und alle mitwirkenden Personen und betonte, worauf die Feier mit einem Massenchor der vereinigten Arbeitergesangsvereine unter Leitung des Gesangsmeisters Wily Giffler eingeleitet wurde. Im Mittelpunkt der Feier stand die

Festrede.

gehalten von Gen. Stadtrat Dr. Diez.

Ausgehend von der Geschichte des Maifestgedankens, von der Zeit unserer Altvordern an bis zur neueren Zeit, des Bannes des sozialistischen Zeitalters, behandelte er kurz zusammenfassend folgende Gedanken: Die internationale sozialistische Arbeiterchaft hat als Inhalt die Erringung und Festhaltung des Achtstundentags und den Völkerverbund, welches Ideal Allgemeinbest der ganzen Menschheit werden soll. Lange vor Ausbruch des Weltkrieges hat Bebel mit prophetischem Scharfsinn vorausgesagt, was kommen wird und kommen muß, wenn sich die Menschheit nicht vom Kapitalismus und Militarismus abkehrt. Und wie entsetzlich ist alles wahr geworden! Was hat der Kapitalismus und der Militarismus aus dem Maientraum des Proletariats gemacht! Und kaum zu Boden geworden, fühlen sich so langsam wieder die reaktionären Mächte. Es sind Sturmzeiten, wenn knapp 1 1/2 Jahre nach der „Revolution“, die dem Maientraume des Proletariats zum Siege verholfen hat, es die bürgerliche Mehrheit der deutschen Nationalparlamenten wagen darf, die Maifeier niederzustimmen, die sie nach der „Revolution“ unter dem ersten Eindruck der gewaltigen Umwälzung anerkannte. Aber wenn alle Nationalparlamenten der Welt die Maifeier ablehnen, das Proletariat wird sich seine Ideale nicht nehmen lassen. Es wird Mittel und Wege finden, sie trotzdem durchzuführen. Der Sozialismus ist es, der die historische Aufgabe hat, die darniederliegende Menschheit aufzurichten. An dem sozialistischen Ideal kämpft der Sozialismus im Sinne wohlmeinender bürgerlicher Ideologen, sondern proletarischer Sozialismus in revolutionärem Sinn. Sozialist sein heißt Realist sein, nicht Utopist. Nicht ausgesprochenen Materialismus in ethischem Sinne, aber Materialismus in ökonomischem Sinne wird die Erringung bringen, die Erkenntnis der Tatsachen. Nicht lediglich in Epitaphium, in Lohnfragen soll sich der Materialismus erschöpfen, so wichtig sie zur Erringung der Lebensmöglichkeiten auch sein mögen. Kein Zweifel darüber, daß wir am Kassenamf des revolutionären Proletariats festhalten haben. Nicht Massen hat, sondern Klassenkampf zur Erreichung eines bestimmten Ziels, die Befreiung des Proletariats. Auf dieses bestimmte Ziel haben wir uns zu konzentrieren und keinerlei Kompromisse gehen zu lassen. Was wir wollen, ist gemäß dem Erfurter Programm die Verwirklichung der Produktionsmittel. Sozialdemokrat sein heißt keine Rücksicht auf jene, die mit dem Worte „Kommunist“ un- „Wort Sozial“ und „Demokrat“ angebeutelt ist. Unser Ziel ist Sozialismus im Sinne des kommunistischen Manifestes vom Jahre 1848 von Marx und Engels. Nicht ein zerbitterter Sozialismus und eine x-beliebige Scheindemokratie kann es sein. Es lange eine Klassenherrschaft besteht, kann von einem Frieden im Klassenkampf keine Rede sein, denn was nicht eine Demokratie, die dem Proletariat nur papierne politische Rechte geben will, ihn aber die wirtschaftliche Gleichberechtigung verweigert? Wenn nun zur Befreiung dieser Klassenherrschaft zwei Strömungen bestehen, einerseits Benutzung der Hilfsmittel der Demokratie und andererseits Diktatur des Proletariats, so kann es heute, wo beide Richtungen im Maientraume dem gleichen Ziele zusteuern, nicht darauf ankommen, das Trennende hervorzuheben, sondern nur darum, das Gemeinsame zu betonen, nämlich die Kultivierung eines neuen Prinzips des sozialistischen Kommunismus, um den Zielen des Kommunismus näherzukommen. Mit Demokratie allein kann dieses Ziel aber nicht erreicht werden. Wenn eine Scheindemokratie heute die Maifeier wegdekretiert und morgen sich daran macht, auch den Achtstundentag wegzudekretieren, würdet Ihr Euch das gefallen lassen? (Die Versammlung antwortet laut mit hundertstimmigem „Nein!“) Also, was wir wollen, soll nicht erst in Jahrzehnten oder Jahrhunderten erreicht werden, sondern heute. Wir wollen so schnell wie möglich in den Genuss dessen kommen, wofür wir kämpfen. (Wiederholter stürmischer Beifall.)

den Mund nicht weit genug aufreißen können, die immer mit den phantastischen Zahlen über ihren Zuwachs um sich werfen. Um 10 Uhr hielten die U.S.B. und N.B.-Verfahren eine Versammlung auf dem Marktplatz ab, die einen jämmerlich jämmerlichen Besuch feststellte, konnten wir, daß nicht wir den Jakob, der unermessliche Trübinger. Als Festredner sprach Landtagsabgeordneter Engelhardt aus Stuttgart. Die Rede zeichnete sich durch eine wohlthuende und erfreuliche Schlichtheit aus, er hätte sie gerade so gut im Staatsgarten halten können. Es ist eben die alte Erfahrung: Wenn sie nicht schimpfen und lästern, sondern nur von Sozialismus sprechen, dann können die U.S.B.-Leute nichts anderes sagen, wie wir auch. Anders natürlich Jakob! Der schimpfte wie ein Wespennest. Erfolg: Heiterkeit. Am Nachmittag fand ein Ausflug der U.S.B. nach dem neuen Sportplatz der freien Turnerschaft statt, auch hier war die Beteiligung eine schwache. Die Kommunisten hielten ihre Spezialfeier am Abend im Saal III ab.

Aus der Stadt

Erhöhung der Brot-, Mehl-, Fleisch- u. Wurstpreise.

Durch die neuen, um das Doppelte erhöhten Mehlpreise der Reichsgroßhandelsstelle ist eine abermalige Erhöhung des Brotes- und Mehlpreises erforderlich. Ein 1500 Gramm Brot kostet jetzt 4 M., 750 Gramm 2 M., 1 Pfd. Weizenmehl 1,80 M., Roggenmehl 1,85 M.

Um wieviel die Erhöhung der Fleisch- und Wurstpreise erfolgt, ist noch nicht ersichtlich. In der Begründung, die der Stadtrat bekannt gibt, heißt es: Nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 1. März 1920 ist den Schlachthöfen liefernden Tierhaltern ein Zuschlag aus dem Weizen- und Roggenmehl der Hälfte geschlachtet Tiere nach Maßgabe der Berechnungen der Reichsgroßhandelsstelle zu gewähren. Infolge der erheblichen Senkung der Preise auf der letzten Hauptauction mußten die Häute zum Teil wesentlich unter dem eigenen Verkaufspreis abgegeben werden oder waren überhaupt unverkauflich. Der Ausschlag infolge des Mindereinkommens für Häute muß deshalb durch Erhöhung der Fleisch- und Wurstpreise wieder gedeckt werden, da der Metzger außer dem Preis für Schlachtvieh auch noch die von der Reichsgroßhandelsstelle festgesetzte Vergütung für die Haut bezahlen muß.

Diese Erhöhungen bedeuten eine außerordentliche Verteuerung der Lebenshaltung der konsumierenden Bevölkerung, die wieder neue Lohn-, Gehalts- und Mietsteigerungen zur Folge haben. Hoffentlich vollziehen sich dieselben ebenso reibungslos und tadellos, wie die Verteuerung der Waren.

Die Karlsruher Brotversorgung wiederum gefährdet.

Der Stadtrat hat an das Reichsministerium in Berlin ein Telegramm gerichtet mit folgendem Wortlaut: „Karlsruher Brotversorgung abermals durch Stöden der Mehlanklieferungen ernstlich gefährdet. Erbitten dringend sofortige Abhilfe.“ Stadtrat.

Zugleich wurde an das Ministerium des Innern eine Abdrift gesandt mit der Bitte, auch von dort aus so bald wie möglich alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um ein nochmaliges Verlegen der Brotversorgung zu verhindern.

Weiteres von der Maifeier der Unabhängigen. In der Maifeiernummer der „Soz. Republik“ ist auf der ersten Seite, im Festartikel: „Noch sind die Wunden offen, die dem kämpfenden Proletariat geschlagen wurden! Darum muß dieser Maientag ein Tag der Trauer sein.“ Dieser Auffassung scheinen jedoch die Offenburger Unabhängigen gar nicht zu sein, denn in ihrer Ankündigung der Maiveranstaltung lesen wir: „Siegesfeier des befreiten Volkes — Sammelstern.“

Was entspricht nun der eigentlichen Auffassung der Unabhängigen: die Trauer oder die Sammelbeteiligung?

Mühlburg. Die für kommenden Mittwoch geplante öffentliche Versammlung kann nicht abgehalten werden. Der für diese Versammlung vorgesehene Redner, Genosse Schöpflin, ist durch die Teilnahme an der Reichskonferenz verhindert, das Referat zu halten.

Unfall mit Todesfolge. Der Landwirt Julius Dürr aus Egenstein erhielt am Freitag beim Holzführen im Gaskerl I hier von der Deichsel seines Fuhrwerks einen Schlag in die Seite und erlitt dadurch schwere innere Verletzungen, die seine Heilung in das nächste Krankenhaus nötig machten, wo er am Samstag Abend starb.

Valuta-Bericht vom 3. Mai.

Der Markkurs in der Schweiz erfuhr heute eine kleine Steigerung etwa bis 0,75 Cts. Auszahlung Holland notierte 20,55 M. per holl. Gulden, Schweiz 10,25 M. per schweiz. Fr., England 22,5 M. per Pfd. Sterling, Frankreich 3,45 M. per frz. Fr., Neuhorl 57,4 M. per Dollar.

Schmelzung: Georg Schöpflin, Verantwortlich: für Artikel, Politische Redaktionen und Letzte Nachrichten Hermann Rabel; für Badi'sche Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heilbrunn Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Geise; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter-Verband, Flechtler und Installateure.) Heute Montag, den 3. ds. Mts., abends 5 Uhr, findet unsere Monatsversammlung im Lokal zur „Gambirushalle“ statt. Hauptbesprechungen sind erwünscht. 3293 Die Branghelitung. Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend halb 8 Uhr Führerführung im Lokal. 3365

Wannen, Käfer etc.

lassen sie am besten durch meine Spezial-Verfahren mit sicherstem Erfolg unter Garantie beseitigen

U. B. U. Fr. Springer, Karlsruhe, Telef. 3263
nur Markgrafenstraße Nr. 52.
Abonnement für Hausbesitzer unter günstigen Bedingungen.

Käufer

Wir sind ständig v. Kriegsanleihe, samt Wertpapiere ausland. Kupons fremder Geldsorten zu höchsten Tageskursen. Ausführung aller Bankgeschäfte prompt und kulant.

Gehr. Jung

Bankgeschäft, Karlsruhe
26 Markgrafenstr. 26
gegenüber d. Gewerbeschule. — Tel. 3505.
Geschäftszeit: vormittl. 9—12, nachmitt. 2—5 Uhr.

Wasserstand des Rheins.

Schweizerseil 174, gef. 6 Refl 263, gef. 8; Magau 441, gef. 4; Mannheim 347, gef. 9 Zentimeter.

Über
Galtun
Zu
Reich
betref
haus
Kle
3. B.
30. J.
Krefe
zu A.
folgt
Im
als
stell
Pri
Ker
nen
ber
dem
gen
mit
b) als
lich
sich
Ein
Sch
e) als
Be
Kle
lich
zun
auf
sich
lich
ein
wen
Wio
Die
Berj
gabe
nung
haus
jung
eing
darf
bar
stim
Hoff
Den
halt
wie
wer
Kob
lichen
Im
ausn
sond
Bren
We
mich
Die
menge
hoffan
kauf
Ein
ligen
den
für
Rob
eine
mer
Für
Dren
len
ad
reit
Roh
danz
Teil
verf
er
ler
n
nicht
v
Bedar
Die
Wan
wer
leben
Bren
K
n
brud
Die
Wan
die
her
sie
Die
und
St
ber
sich
Bor
L
man
kann
erm
R
menge
zu
ver
Die
let
ne
f
lungen
ger
hoffan
Sie
den
Be
Kun
eine
Z
jeden
bed
In
Die
K
ellen

Über
Galtun
Zu
Reich
betref
haus
Kle
3. B.
30. J.
Krefe
zu A.
folgt
Im
als
stell
Pri
Ker
nen
ber
dem
gen
mit
b) als
lich
sich
Ein
Sch
e) als
Be
Kle
lich
zun
auf
sich
lich
ein
wen
Wio
Die
Berj
gabe
nung
haus
jung
eing
darf
bar
stim
Hoff
Den
halt
wie
wer
Kob
lichen
Im
ausn
sond
Bren
We
mich
Die
menge
hoffan
kauf
Ein
ligen
den
für
Rob
eine
mer
Für
Dren
len
ad
reit
Roh
danz
Teil
verf
er
ler
n
nicht
v
Bedar
Die
Wan
wer
leben
Bren
K
n
brud
Die
Wan
die
her
sie
Die
und
St
ber
sich
Bor
L
man
kann
erm
R
menge
zu
ver
Die
let
ne
f
lungen
ger
hoffan
Sie
den
Be
Kun
eine
Z
jeden
bed
In
Die
K
ellen

